

LVU-Präsident Dr. Gerhard F. Braun:

Reformen müssen weitergehen

„Die konjunkturelle Lage in Rheinland-Pfalz ist uneinheitlich – wir haben starke und erfolgreiche Branchen, wie die Metall- und Elektroindustrie und die Chemie, aber gleichzeitig auch Wirtschaftszweige, in denen es bei uns unterdurchschnittlich läuft“, erklärte Dr. Gerhard F. Braun. Dennoch habe die Wirtschaft einen beispiellosen Beschäftigungsanstieg erlebt – gerade erst meldet beispielsweise die Metall- und Elektroindustrie ein Plus von 7.000 neuen Arbeitsplätzen binnen Jahresfrist für Rheinland-Pfalz: „Der Aufschwung kommt bei den Menschen an.“

Bei einem Pressegespräch anlässlich des diesjährigen Unternehmertages zog er eine Bilanz der vergangenen zwölf Monate. Es sei daher mit Blick auf die Wirtschaftslage weder gerechtfertigt, in Jubelstimmung auszubrechen, noch in Katzenjammer zu verfallen. Darum müsse auch die Reformpolitik weiter gehen. Stattdessen verfestigt sich der Eindruck, dass sich die Politik zufrieden zurücklehne, statt die Wirtschaft weiter wetterfest zu machen. Deutlich wird dies hauptsächlich beim Thema Mindestlohn (**=> gesonderte Pressemeldung**). Aber auch bei einigen anderen Themen zeigt sich diese Einstellung der Politik:

Zeitarbeit – Brücke in dauerhafte Beschäftigung

Obwohl mit der Zeitarbeit ein Arbeitsmarktinstrument funktioniert, soll es zurückgenommen oder eingeschränkt werden. Dabei sei die Bilanz positiv: Die Zeitarbeit habe einen großen Anteil am Job-Aufbau der vergangenen Monate und bilde eine Brücke in dauerhafte Arbeit. Zweidrittel aller Zeitarbeitnehmer waren vor Aufnahme ihrer Tätigkeit beim Zeitarbeitsunternehmen beschäftigungslos. Die Forderungen nach der Einschränkung von Zeitarbeit und nach Auflagen für die Bezahlung lehnen die Unternehmerverbände daher ab: „Was gut ist, muss gut bleiben“, so Dr. Braun.

Diese Pressemitteilung besteht aus 3 Seiten
8. Mai 2008

Ansprechpartner:

Marcel Speker
Tel.: (0 61 31) 55 75 31
Mobil: (01 62) 2 64 97 07
Fax: (0 61 31) 55 75 39
marcel.speker@lvu.de

Sperrfrist:

**8. Mai 2008
13:30 Uhr**

Herausgeber:

LVU - Landesvereinigung
Unternehmerverbände
Rheinland-Pfalz

Hindenburgstraße 32
55118 Mainz
www.lvu.de

Postfach 29 66
55019 Mainz
contact@lvu.de

Erbschaftsteuer gefährdet den Mittelstand

Bei der Reform der Erbschaftsteuer müsse nachgesteuert werden, so Dr. Braun: „Hier geht ein Gesetzesentwurf an den betrieblichen Realitäten des Mittelstandes vorbei.“ Drei Änderungen sind aus Sicht der LVU dabei besonders zu beachten: Erstens müssten die Voraussetzungen für die Befreiung von 85 Prozent der Erbschaftsteuer entschärft werden: „Diese liegen aktuell bei einer Haltefrist von zehn Jahren für das Lohnniveau und 15 Jahren für den Kapitalbestand – solange kann kein Unternehmer seriös planen.“ Zweitens fordert die LVU den Ketten-Effekt dieser Voraussetzungen zu verhindern. Der aktuelle Entwurf sehe für den Fall, dass es mehrere Familienstämme in einem Unternehmen gibt, für jeden einzelnen Erbfall vor, dass die Frist wieder von vorne zu laufen beginnt. Und drittens muss aus Sicht der Unternehmerverbände der Fallbeil-Effekt abgeschafft werden. Das heißt: Statt wie bei der Lohnsumme im Falle eines Verstoßes die Erbschaftsteuer nur anteilig fällig werden zu lassen, gilt bei einer Kapitalentnahme das sofortige Fälligwerden der gesamten Erbschaftsteuer. (=> [gesonderte LVU-Stellungnahme](#))

Arbeits- und Ausbildungsmarkt deregulieren

Der Ausbildungsbonus ist von Grund auf misslungen. Bei dieser Kopfprämie befürchten die Unternehmerverbände spürbare Mitnahme-Effekte. Außerdem würden die Unternehmer, die schon seit Jahren auch über Bedarf ausbilden, von der Förderung ausgeschlossen und nachträglich für ihr Engagement bestraft. Auch die verlängerte Auszahlung des Arbeitslosengeldes-I hält die LVU für falsch: „Gerade, als die ersten Erfolge am Arbeitsmarkt sichtbar wurden, machte die Politik kehrt“, wunderte sich Dr. Braun. Mit Blick auf die Landespolitik verweist er auf das nunmehr europarechtlich gescheiterte Tariftrüegesetz: „Die Landesregierung ist beim Lohndiktat durchgefallen – und zwar mit Ansage durch die LVU.“

Realschule plus: Lernschwache weiterfördern

Die „Realschule plus“ als neue Schulform in Rheinland-Pfalz ist aus Sicht von Dr. Gerhard F. Braun die Antwort der Politik auf das Anmeldeverhalten der Eltern aus den vergangenen Jahren. Dennoch sieht er Herausforde-

Sperrfrist:

**8. Mai 2008
13:30 Uhr**

Herausgeber:

LVU - Landesvereinigung
Unternehmerverbände
Rheinland-Pfalz

Hindenburgstraße 32
55118 Mainz
www.lvu.de

Postfach 29 66
55019 Mainz
contact@lvu.de

rungen bei der konkreten Gestaltung dieser neuen Schulform: „Es darf nicht sein, dass bei einer Zusammenlegung von Haupt- und Realschule der Langsamste das Lerntempo bestimmt. Darüber hinaus ist es fragwürdig, ob es gelingt, zukünftigen Schreibern und angehenden Bankkaufleuten in einer Schule gerecht zu werden.“ Es müsse mehr Geld und Personal in die Betreuung schwacher Schüler investiert werden: "Durch die Abschaffung der Hauptschule verschwinden nicht gleichsam auch die Hauptschüler - diese müssen in Zukunft noch effektiver gefördert werden, wenn die Realschule plus erfolgreich sein will."

Seite 3 von 3

Sperrfrist:

**8. Mai 2008
13:00 Uhr**

Herausgeber:

LVU - Landesvereinigung
Unternehmerverbände
Rheinland-Pfalz

Hindenburgstraße 32
55118 Mainz
www.lvu.de

Postfach 29 66
55019 Mainz
contact@lvu.de